

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 230.

Mittwoch, den 2. Oktober 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Die Reichsfinanz-Krise.

Die furchtbare Krise, von der unser Erwerbsleben erfaßt worden ist, frist weiter. Handel und Industrie liegen derart darnieder, daß es viel schlechter nicht werden kann. Tausende von Arbeitern sind in den einzelnen Industriestädten und Gegenden arbeitslos und der beginnende Winter wird das Heer der Arbeitslosen ins Riesenhafte anschwellen lassen. Die fetten Jahre für die deutsche Industrie sind entgültig vorüber. Diese Krise wird nicht so rasch überwunden werden. Sie vertieft sich und so lang die Jahre des Aufschwungs waren, so lang scheint nun auch die Niedergangsperiode zu werden.

Dadurch, daß die Krise in ihrem weiteren Verlaufe Alles in Mitleidenschaft zieht, erweitert sie sich von einer Industrie- und Handelskrise auch zu einer Finanzkrise. Zunächst kündigt sie sich erst im Reiche an; die ganze Art ihres Auftretens spricht aber dafür, daß sie sich auch auf die Einzelstaaten ausdehnen und so das ganze staatliche Finanzwesen Deutschlands in Mitleidenschaft ziehen wird. Eben ist in den Blättern offiziös mitgeteilt worden, daß im nächsten Reichshaushaltsetat 1902/03, der dem Reichstag im November zugehen wird, die Ausgaben um mehr als hundert Millionen höher sein werden, als die Einnahmen. Dieses Geständnis der Offiziösen entspricht nur den Ankündigungen des Reichschatzsekretärs Thielmann im vorigen Winter. Dabei steht diese Summe noch nicht einmal fest. Möglich ist nämlich, daß es sich hier bloß um einen offiziösen Fühler handelt, der die Öffentlichkeit vorbereiten soll und daß in Wirklichkeit das Defizit viel größer sein wird. Denn auch in der Schätzung der Einnahmen dürfte man sich täuschen. In Verfolg des sinkenden Konsums werden die Erträgnisse der Zölle und Verbrauchssteuern erheblich niedriger sein als erwartet wird. Das aber wird dann das Defizit noch vergrößern.

Die Einnahmen des Reiches bestehen in den genannten Zöllen und Verbrauchssteuern, welche die Volksmassen in Deutschland so ungeheuerlich belasten. Diese Einnahmen betragen:

	1878	1887	1897	1901
Zölle	101	232	440	478
Tabak	0,8	9,6	12	11,9
Zucker	41	15	84	111
Salz	35	39	47	48
Brauntwein	37	36	119	137
Bier usw.	15	19	29	31

Summa in Mill. Mk. 237 379 733 810

Alle diese Lasten liegen auf den Konsumartikeln der großen Masse. Das Reich ist also vom Konsum vollständig abhängig. Jede Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die einen Rückgang des Konsums mit sich bringt, erschüttert sofort die finanzielle Lage des Reiches.

Nun kann man beim Reiche von einem eigentlichen Defizit nicht reden, da die Einzelstaaten, wenn die eigenen Einnahmen des Reiches nicht genügen, um die Ausgaben zu decken, mit den Matrikularbeiträgen ergänzend einzutreten haben. So wird die Last des Reiches zunächst auf die Einzelstaaten abgewälzt. Ein paar Jahre schlechter Verhältnisse können unter Umständen genügen, um den Einzelstaaten Alles, was sie vom Reiche an Ueberweisungen bekommen haben, durch gesteigerte Matrikularbeiträge wieder abzunehmen. Ein Theil der Ausgaben kann nach den etatsrechtlichen Grundätzen auf Anleihen übernommen werden, aber selbst nur ein Reichsdefizit von 100 Millionen Mark angenommen, würden innerhalb etwa 60 bis 70 Millionen im kommenden Finanzjahre an Matrikularbeiträgen von den Einzelstaaten mehr aufzubringen sein.

Den Einzelstaaten macht diese Aussicht schon jetzt arge Kopfschmerzen. Das reiche Preußen, das finanziell gut gestellte Bayern werden sie mit leichter Mühe tragen. Anders die kleineren Staaten. Sachsen, dessen Haupteinnahmen, die Staatsbahnen, beständig zurückgehen, Baden und Württemberg, die thüringischen Mittel- und Kleinstaaten werden schwer zu leiden haben. In diesen Staaten wird es dann bald „Zuschläge zur Einkommensteuer“ auf den Steuerzetteln geben, ein recht wirksames Mittel, die Begeisterung für das Reich und seine neumontane „Weltpolitik“ bei den deutschen Spießbürgern zu heben!

Dabei nützt jedoch die einmalige Begleitung des „Reichsdefizits“ gar nichts. Je länger die Krise andauert und es heißt ja, daß sie einen Zeitraum von über sechs Jahren in Anspruch nehmen soll, je größer wird auch die jährliche Mindereinnahme des Reiches werden. Aber seine Ausgaben sind im Wachsen und so heißt es denn wieder: „Reichstag hilft!“

Die Reichstagsmajorität wird auch hier Rath schaffen. Wenn die klugen Herren im November zusammentreten, wird sich ein großes Geschrei erheben über die verschlechterte Finanzlage, über die Nothwendigkeit des Sparens, man wird auch die und da Abstriche vom Etat machen — das wissen

die einzelnen Ministerien und deshalb richten sie sich auf Abstriche ein, indem sie mehr fordern als sie in Wirklichkeit brauchen. Aber das ganze Hundert Millionen-Defizit vermag auch alle Zentrunsklugheit nicht herunterzustoßen. Es wird bestehen und wachsen. Die Einzelstaaten können es nicht decken und schreien nach einer Reichsfinanzreform, die Reichstagsmehrheit kann es im Rahmen der gegenwärtigen Einnahmen nicht decken und so bleibt denn nur ein Ausweg: neue Steuern.

Unter solchen Umständen ist Heil und Rettung für die willfährige Reichstagsmehrheit wie für die Regierung der neue Zolltarif, der neue oder vermehrte Zolleinnahmen bringen soll. Mit vermehrter Energie werden die Reaktionen der „Weltpolitik“, die die gegenwärtige verfahrenere Lage durch ihr blindes Drauflosbewilligen mitgeschaffen haben, darauf bringen, dem Volke die schändlichen Wucherlasten aufzuhalsen. Die Arbeitertajche muß schließlich bezahlen, was die Deutepolitiker durch die Jahre gesündigt haben.

Wie sich auf dem wirtschaftlichen Gebiete die kapitalistische Gesellschaft vergeblich abmüht, den Gang der Krise zu fassen, werden sie auch auf dem Gebiete des Reichs- und staatlichen Finanzwesens dazu nicht im Stande sein. Es scheint jetzt die Zeit gekommen zu sein, wo die durch das militärische und marinistische System überanstrengten Finanzen die Last nicht mehr tragen können. Sie ist zu groß geworden und eine einzige Erschütterung genügt um die Staaten zusammenbrechen zu lassen. Ein solcher Prozeß dauert jahrelang, aber er vollzieht sich. Unser ganzes Militär- und Marineringssystem ist aufgebaut auf den Einnahmen aus den Lebensmittelzöllen. Sinken sie dann, stößt der ganze Apparat. Denn auch beim Militarismus bedeutet Stillstand Rückschritt und er erhält sich nur durch unablässige neue Auflösungen. Beginnt hierfür das bisher so reichlich fließende Geld zu mangeln, so gerathen wir in ernste Konflikte.

So lange ein Staat ein gutes Finanzwesen hat, bietet sich ihm auch in schlechten Zeiten eine Hilfsquelle in Anleihen, im Pump. Heimische und fremde Geldmärkte sind gerne bereit, die Millionen baaren Geldes herzugeben und die Schuldbriefe dafür aufzunehmen. Sinken aber die Einnahmen der Staaten und bietet der Staat keine sichere Anlage- und Verzinsungsmöglichkeit mehr, dann ist es auch mit dem Kredit bald vorbei. Es ist ein ziemlich plötzliches Versiegen aller Hilfsquellen, welches mit der Zeit beharrlich sinkender Einnahmen eintritt. Bei dem militärisch überlasteten Deutschland schreitet das Finanzunglück doppelt schnell.

Die wirtschaftliche Krise hat die Reichsfinanzen ergriffen; gar bald wird sich zeigen, daß wir einer Zeit schlimmer Verschlechterungen entgegen gehen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

In der Frage der Gewährung von Anwesenheitsgeldern für die Reichstagsmitglieder ist, wie die „Nat.-Lib. Rev.“ schreibt, eine Uebereinstimmung der Ansichten bei den verbündeten Regierungen bis jetzt nicht erzielt worden. Auch im preussischen Ministerium gehen die Meinungen, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, zur Zeit noch auseinander. Die Ansichten des vom Reichstag angenommenen Antrages erscheinen unter diesen Umständen einigermassen unsicher.

Zu den Vorkommnissen an Bord des Kreuzers „Gazelle“ nimmt jetzt die „Nordd. Allg. Ztg.“ das Wort. Das offiziöse Blatt schreibt: „In der verschiedensten Fassung tauchten vor einigen Tagen Nachrichten über grobe Ausschreitungen an Bord S. M. kleinen Kreuzers „Gazelle“ auf. Diese Gerüchte müssen — wie es auch von einem Theil der Presse bereits gesehen ist — zum mindesten als übertrieben bezeichnet werden. Es handelt sich vorwiegend um Insubordinationsvergehen einzelner Mannschaften, die sich zur Zeit in kriegsgerichtlicher Untersuchung befinden. Die Thatfache, daß genaue Angaben über den Vorfall bei den Zentralbehörden nicht vorliegen, läßt es zweifellos erscheinen, daß von Ausschreitungen in größerem Umfange nicht die Rede sein kann. Das Geschwaderkommando würde im letzteren Falle nicht verfehlt haben, nähere Mittheilungen zu machen.“ Hoffentlich erfährt die Öffentlichkeit bald, was überhaupt vorgefallen ist.

Ein niedergeschlagener Sonnenprozeß? Die „Köln. Ztg.“ eifert zornmüthig gegen die württembergische Regierung, weil dieselbe einen argen Preßbeleidiger unseres China-Expeditionskorps unter ihre schirmenden Fittige genommen habe. Das Blatt erzählt: „Man hat es daher in Württemberg als eine wahre Erbsünde von schwerem Druck empfunden, daß vor einigen Monaten das preussische Kriegsministerium Strafantrag gegen den „Beobachter“ stellte, weil dieser in seiner Neujahrnummer die deutschen Truppen in China des Raubes, der Plünderung, des Mordens freilichlicher Einwohner beschuldigt hatte, und weil er die Hinrichtung des Mörders des deutschen Gesandten für eine vor der Geschichte schimpfliche Handlung erklärte. Der angeklagte Redakteur des „Beobachters“ Dr.

Schmidt ist zugleich Abgeordneter, und obgleich ihn diese Eigenschaft niemals davon abgehalten hat, das Heer und den Kaiser herabzusetzen und anzugreifen, so hat er sich doch bei Einleitung des Strafverfahrens hinter den Schild der Abgeordneten-Immunität gesteckt, und die Kammer hat die Genehmigung der Strafverfolgung während der Sitzung der Kammer nicht gegeben. Jetzt endlich soll diese Sache zur Verhandlung kommen, allein nun bringt der „Schwäbische Merkur“ am 21. September die fast ungläubliche Nachricht, daß die württembergische Regierung geneigt sei, den Strafantrag fallen zu lassen, wenn der Redakteur Abbitte leiste. Wenn sich dieses Gerücht bewahrheiten sollte, so würde hierdurch die Schwäche der württembergischen Regierung bewiesen, weil sie mit Rücksicht auf die demokratische Partei im Lande es nicht wagt, einen der demokratischen Abgeordneten, der in schwerster Weise das deutsche Heer beschimpft hat, zur Rechenschaft zu ziehen, und weil sie vielleicht glaubt, hiermit die demokratischen Gegner für sich gewinnen zu können.“ — Sollte sich die thätioffiziöse „Köln. Ztg.“ nicht vielleicht in ihren der württembergischen Regierung untergeordneten Motiven irren? Sollte nicht vielleicht die württembergische Regierung etwa verhindern wollen, daß auch nur ein Theil des Wahrheitsbeweises von dem Angeklagten erbracht würde? Bei längerer Ueberlegung dürfte die „Köln. Ztg.“ der württembergischen Regierung also vielleicht noch gar dankbar sein.

Zum Kampf gegen die neue Zolltarifvorlage.

In Hinterpommern, der agrarischen Hochburg, hat der Bauernverein „Nordost“ in den letzten Wochen in rein bäuerlichen Ortschaften des Kösliner Kreises etwa ein Duzend Versammlungen abgehalten, in denen Redakteur Brandt-Berlin Vorträge über „Handelsverträge und Landwirtschaft“ hielt. Diese Versammlungen waren für ländliche Verhältnisse zum Theil ganz bedeutende Kundgebungen, in dem Dorfe Thunow waren über 100, in Schwesin gegen 200, in Cordeshagen weit über 300 Landbewohner erschienen, alle ohne Ausnahme Bauern, kleine Besitzer und Eigenthümer, theilweise auch ländliche Handwerker und Arbeiter. In sämtlichen Versammlungen wurden ohne Ausnahme und überwiegend ohne Widerspruch Beschlüsse gefaßt, die sich im allgemeinen gegen den „Bund der Landwirthe“ richteten und sich ganz entschieden gegen jede Erhöhung der Zölle auf Getreide und Futtermittel aussprachen.

Die Dresdener Preßkorruption. Der Vorstand des Ortsverbandes Dresden der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller hielt am Mittwoch Abend eine Sitzung ab, um erneut zu der Dresdener Preßaffäre Entschliebung zu fassen. Man beschloß, zu erklären, daß die am 7. September im guten Glauben gefaßte Tugendboldigkeits-Resolution sich leider als übereilt herausgestellt hat, da zwei Mitglieder des Ortsverbandes thatsächlich in die in Frage kommende Angelegenheit verwickelt sind. — In der Sitzung am 7. September hatten die beiden Preßpamanten, was ihrer Frechheit die Krone aufsetzt, mit den anderen Mitgliedern für die Entziehung der Resolution gestimmt, die ihnen ihre Unschuld bescheinigte. Bezeichnend für die in die Korruptionsaffäre verwickelten Blätter ist es, daß sie diese Erklärung ihren Lesern verschweigen. Der Kampf für Sitte und Ordnung wird in der reaktionären Presse Dresdens wirklich sehr sauber geführt!

Der Zolltarif und das Ausland. Das Bester Blatt „Hilap“ veröffentlicht ein Interview mit einem deutschen Politiker, „an dessen Kenntniss der Verhältnisse nicht zu zweifeln“ sein soll. Danach habe Minister Szell der deutschen Regierung auf diplomatischem Wege erklärt, er könne, falls Deutschland an dem Zolltarifentwurf festhalte, keinen Handelsvertrag abschließen. Gegen den deutschen Zolltarif sprächen auch gewichtige politische Momente.

Der sechste Kongreß der deutschen Rechtspartei fand Mitte voriger Woche in Braunschweig statt. Den ersten Vortrag hielt Rechtsanwalt Martin I (Kassel) über: „Die braunschweigische Frage im Lichte der deutschen Rechtspartei“. Es wurde darauf folgende Resolution angenommen, die sämtlichen deutschen Fürsten und Freien Städten übersandt werden soll: „Die deutsche Rechtspartei erblickt in der von dem Bundesrath verfügten Behinderung der rechtmäßigen Erben an der Besitzergreifung des braunschweigischen Thrones eine Verletzung des dem Herzogthum Braunschweig vom Reiche geschuldeten Rechtsschutzes und eine Maßnahme, die in ihrer Begründung mit der Nachherrlichkeit des Reiches in auffälliger Widerspruch steht. Die deutsche Rechtspartei hält die baldigst mögliche Beseitigung dieses rechtswidrigen und befremdlichen Zustandes nicht nur für die Pflicht der verbündeten Fürsten und Freien Städte, sondern auch für eine Lebensfrage ihrer monarchischen Existenz und Selbstständigkeit.“ — Staatsminister a. D. Frhr. v. Hohenberg sprach über „Die deutsche Rechtspartei gegenüber der gegenwärtigen Weltlage“. Im Anschluß daran wurde folgende Resolution gefaßt: „Die deutsche Rechtspartei erkennt den beherrschenden Charakter der Gegenwart in der bisher erreichten höchsten Steigerung

der Revolution, welche dadurch eintrat, daß die berufensten weltlichen und geistlichen Vertreter und Zeugen des Rechtes in der alten und neuen Welt selbst zu Trägern und Werkzeugen der Revolution geworden sind. Die deutsche Rechtsparthei erkennt aber inmitten des Gottesgerichtes, welches durch den Niedergang der Revolution dienstbar gewordenen Völkern und Staaten sich vollzieht, auch die bereits vorhandenen Anfänge eines neuen Aufganges in der wiederbegonnenen Sammlung wenn zunächst auch nur kleiner Kreise unseres Volkes um das Zeugniß von Gottes unwandelbarem Gesetz und Regiment. Sie fördert ihre eigene erste und vornehmste Aufgabe darin, diesem Zeugniß für Gottes Ordnungen und wider die Revolution und die sie verherrlichende falsche Prophetie als Organ auf politischem Gebiet zu dienen und von diesem Standpunkte aus sich selbst und ihre Zeitgenossen über die Entwicklung der Gegenwart, ihre falschen und wahren Ziele zu orientieren. Den letzten Vortrag hielt Graf G. v. d. Schulenburg-West: „Zur politischen Lage“. In einer sehr langen Resolution wurde die Wiederherstellung des Rechtszustandes in Deutschland bis vor 1866 gefordert und der Sympathie für die Buren Ausdruck gegeben.

**Wieder ein „kleines Mittel“.** Die preussischen Minister für Landwirtschaft, Justiz und Finanzen sind übereingekommen, für Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit und für die grundrichterliche Thätigkeit, welche bei Durchführung der von den Kreisen und Provinzialverbänden der Provinzen Westpreußen und Posen anlässlich der landwirtschaftlichen Nothlage übernommenen Hilfsaktion notwendig werden, die nur im Gnadenwege zu erlangende Gebühren- und Stempelfreiheit beim Könige nachzusuchen. Die Gerichte sind angewiesen, Gebühren- und Stempelbeträge für derartige Akte zwar anzusehen, aber vorläufig nicht von den Parteien einzufordern, sondern ein Verzeichnis der Beträge den Oberlandesgerichtspräsidenten zur Herbeiführung der Niederschlagung einzureichen. Die Verwaltungsbehörden haben Stempelbefreiung für die von ihnen oder zu ihren Gunsten in Nothfallsachen ausgestellten Urkunden, soweit der Stempel nicht gerichtlich zum Aufhabe gebracht wird, den Provinzialsteuerdirektoren einzufordern. Auch die Notare sind angewiesen, Gesuche um Niederschlagung oder Erstattung der Stempelbeträge den Provinzialsteuerdirektoren einzureichen, welche diese Anträge gesammelt dem Justizminister vorlegen. In allen derartigen Fällen werden noch nicht verwendete Stempelbeträge vorläufig gefunden.

**Kleine politische Nachrichten.** In der Mitteilung, daß der Reichstagsabgeordnete Graf Arnim nicht wieder zu kandidiren gedenke, und daß an seiner Stelle der Landeshauptmann v. Wiedebach-Nostitz als Kandidat in Aussicht genommen sei, erzählt die „Deutsche Tageszeitung“, daß im Wahlkreise von der Absicht des Grafen Arnim nicht das Mindeste bekannt ist, und daß Landeshauptmann v. Wiedebach nicht daran denke, der Nachfolger des Grafen Arnim zu werden. Im Wahlkreise würde man es unendlich bedauern, wenn Graf Arnim daran denken sollte, ein Mandat nicht wieder zu übernehmen. — Eine in Kurland abgehaltene Konferenz von Vertretern der Eisenbahnverwaltungen Preußens, Bayerns und Württembergs befaßte sich mit der Frage der Annahme von Vorarbeiten für die Ermöglichung der Frachttarife, sowie eine einheitliche Gestaltung der Frachttarife in den einzelnen Bundesstaaten. — Karl Fürst Löwenstein, der bekannte Duellgelehrte, erklärt mit verächtlichem Gesinnungsgewissen eine Einladung zu einer Besprechung am Sonnabend, den 19. Oktober d. J. in Leipzig, in der gegen den Duellbottich Stellung genommen werden soll. Es ist beabsichtigt, ein Aktionskomitee einzusetzen, welches die Bewegung gegen das Duell im Fluße zu erhalten, Beschlässe der Antiduellkommission einzuführen und alle weiteren sachlichen Schritte zu thun hätte. — Der „Reichsanzeiger“ theilt die Ernennung des Landgerichts-Präsidenten Soelle zu Kurie zum Reichsgerichtspräsidenten mit. — Die lothringische Forstverwaltung kauft für einen Rückgang der Preise für Nugholz. Als Grund führen die Holzhändler an, daß sie angefaßt des Zolltarifentwerfs mit Holzarten ihre vorläufig sein müssen. — Der Junglingsführer Dr. Engel führte in einer Wählerversammlung aus, daß allem Anscheine nach die Streitfrage zwischen Deutschen und Tschechen nicht eine Frage sei, die auf friedlichen Wege gelöst werden könne, sondern daß sie sich zur Gewaltfrage ausweiche. „Bringt uns die Regierung den Frieden, gut, so werden wir zum letzten Augenblicke bereit sein. Bringt sie aber den Kampf, dann wird sie an uns Tschechen ein härteres Wort haben.“ — Der Bauer Johann Nagel gab, wie aus Aachen (Deutscher-Allgemein) gemeldet wird, auf den Kandidaten zum Abgeordneten-Parlamenten Grafen Hädel, als derselbe eine Kandidatur im Bezirk machte, vier Revolverkugeln ab. Der Graf erlitt keine Verletzungen; der Bauer wurde verhaftet. — Bei einer Schießübung auf dem dänischen Kanonenboort „Möa“ im Sund mit Brautpaaranten erfolgte Montag eine Explosion. Das Boot sank sofort. Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen, da die gesamte Mannschaft außerhalb der Gefährlichkeit der Übung vorher auf einem anderen Schiff untergebracht worden war, von dem aus die Entzündung der Ladungen auf elektrischem Wege erfolgte. — Früher suchten, wie aus Paris gemeldet wird, 45 männliche Kongregationen, die 1740 Niederlassungen bilden, aus 570 weibliche Kongregationen mit 2362 Niederlassungen, die durch das französische Verfassungsgesetz geordnete staatliche Genehmigung nach. — Durch eine Kesselexplosion auf einem französischen Korpedoboot wurden in Algier 5 Matrosen schwer verletzt, einer derselben ist gestorben, der Zustand von zwei anderen hoffnungsvoll. — In Carignola (Sizilien) ist es zu Bauernkassabeden gekommen, weil die Unterthanen des aragonesischen Landarbeiters, welche Straßbruch geküß hatten, bei der Besuche größerer Verluste gewöhnten. Es ist zu einem blutigen Zusammenstoß mit den Gendarmen gekommen, wobei 10 Arbeiter verwundet wurden. — Anlässlich des Jahrestages der Revolution in vielen Orten Spaniens Versammlungen stattfanden. In Barcelona kam es bei einer großen Kundgebung vor dem Prinzen-Palast zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, auf die geschossen wurde. Mehrere Polizisten und Wunden wurden schwer verwundet. — Der Kaiser von Mexiko verspricht, wie die „Agence Havas“ meldet, alle Reklamationen Spaniens zu erfüllen. Die mexikanische Regierung versichert, daß die von Kableitungen von Mexiko gefangenen Spanier leben. — Der russische Regierung liegt ein Projekt vor, was ein schiffbarer Kanal zwischen dem Schwarzen und dem Kaspiischen Meere, nördlich von Kaspas, hergestellt werden soll. Dieser Kanal, für den die Berechnungen bereits begonnen werden, hätte für die Handelsbeziehungen zwischen Europa und Zentralasien, Sibirien und Japan eine große Wichtigkeit. — Der russische Minister des Innern erklärte wieder den Eingewanderten „Peterburgskaja Gasete“, daß am 23. d. auf einer Wand verboten war. — Der englische Jurist Lord Russell erklärte bei einer Rede in Salisbury (Salisbury), er sei kein langer Zeit

der Ansicht, daß die liberale Partei in England nicht wieder die Regierung übernehmen sollte, wofür sie nicht eine von den Irändern unabhängige Mehrheit besäße. — Zeichenräuber versuchten Mc Kinleys Reichthum zu rauben. Die Wache schoß und wurde mit einem Dolch angegriffen, blieb indessen unversehrt. Man glaubt, es handle sich um Leute, die aus dem Gefängnis in Canton entflohen sind. — Der Barriere-Geschäftsträger von Haiti dementirt die Gerüchte von Unruhen.

### Österreich-Ungarn.

**Ein Pfarrer als Denunziant.** Vor dem Landgericht in Prag fand Dienstag wieder ein Majestätsbeleidigungsprozess statt. Während aber bei früheren derartigen Prozessen gewöhnlich Prostituirte oder Zuhälter als Angeber fungirt hatten, war diese Rolle diesmal einem Pfarrer zugefallen. Es handelte sich hierbei um folgenden Fall: Am einem Sonntag im Juni sah im Gemeindevorstandeshaus von Menor eine größere Gesellschaft beim Bier. Es wurde politisiert. Dabei kam es zwischen dem Maurergehülfsen Johann Wünsch und dem Bauer Mastka zu einer Kontroverse, die damit endete, daß dieser dem Wünsch sagte: „Sie sind ja ein Sozialist.“ Wünsch erwiderte darauf: „Christus war auch ein Sozialist.“ Der Bauer, der schon ziemlich über den Durst getrunken hatte, war durch diese Aeußerung in seinen religiösen Gefühlen verletzt. Er lief zu dem Pfarrer Truska und erzählte ihm den Inhalt seines Gesprächs mit Wünsch. Dabei flocht er ein, daß sich Wünsch auch über den Kaiser bespöttelnd geäußert habe. Der Pfarrer hatte nun nichts Eiligeres zu thun, als den „Sozialisten“ wegen „Gotteslästerung“ und Majestätsbeleidigung anzuzeigen. Die Staatsanwaltschaft fand jedoch in der Aeußerung, daß Christus ein Sozialist gewesen sei, keine strafbare Handlung, wohl aber klagte sie den Arbeiter wegen Verbrechen der Majestätsbeleidigung an. Der Angeklagte Wünsch, der von Dr. Weigner verteidigt wurde, bestritt, über den Kaiser gesprochen zu haben. Er habe bloß über die schlechte Lage der ländlichen Arbeiter gesprochen. Der Zeuge Thomas Mastka blieb dabei, daß Wünsch über den Kaiser gesprochen habe. Darauf habe er ihn einen Sozialisten genannt. Er habe sich die Aeußerung des Wünsch sofort in sein Notizbuch eingetragen. — Verteidiger: Warum haben Sie das gethan? — Zeuge: Ich wollte, daß ich darüber gefragt werde. — Die übrigen Zeugen bestätigten die Aussage des Angeklagten. Sie gaben übrigens an, daß der Zeuge Mastka, als jenes Gespräch stattfand, ziemlich angetrunken war. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei, da die Aussage des einzigen Belastungszeugen vollständig ungläubig sei.

### Transvaal.

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.** Nach den neuesten Nachrichten sind die Angriffe der Buren auf die Forts Itala und Prospekt an der Grenze von Zululand und Natal sehr energisch gewesen. Ein englischer Leutnant und 11 Mann sind gefallen, 5 Offiziere, darunter Major Chapman, und 38 Mann verwundet, außerdem werden 63 Mann vermißt, doch ist vor einer großen Zahl derselben bekannt, daß sie todt oder verwundet sind. Auch 153 Pferde und 82 Maulthiere wurden getödtet. Nach einer Meldung von Burenseite soll der Kampf sogar mit einer Niederlage der Engländer geendet haben. Die „Kabelkorrespondenz“, die aus Burenquellen gespeist wird, weiß zu melden: „Botha's Angriff auf das Fort Itala an der Zulugrenze am 26. September war durchaus erfolgreich. Die englische Besatzung wurde zum Rückzuge gezwungen. Die Verluste betragen 2 Offiziere und 19 Mann todt, der Kommandeur, 5 Offiziere und 46 Mann verwundet, 92 Mann gefangen, ein Geschütz und große Vorräthe erobert. General Hamilton traf zu spät ein und war unfähig, Botha's Vormarsch aufzuhalten.“ Wenn man die großen Verluste der Engländer in Berücksichtigung zieht, spricht alles für die Wichtigkeit dieser letzten Meldung. Bemerkenswerth ist noch, daß die Engländer die Eingeborenen zur Verteidigung ihres Grund und Bodens mit Waffen versahen; deren Heldenthaten scheinen einstweilen aber vornehmlich in Raub und Brandstiftung zu bestehen.

Nach einem Telegramm aus Durban machte ein irreführes Burenkommando Freitag Nacht einen neuen Versuch im Orisaland-Bezirk über die Drakensberge einzufallen, wurde aber von einer Kompagnie Grenztruppen nach hartem Kampfe zurückgeworfen. — Ein Bismarckianer Berichterstatter meldet: General Buller's Operationen haben im Orange-Bezirk unweit der Grenze von Natal die Gefangennahme von etwa hundert Buren zwischen Keurbooms und dem Caledon-Fluß zur Folge gehabt.

Wie dem „Reuter'schen Bureau“ vom 26. d. M. aus Orisaland gemeldet wird, haben die Buren am 24. d. M. die Bahinas angegriffen. Nach erstem Gefecht zogen die Bahinas sich zurück. Die Buren hatten drei Todte; auch die Bahinas sollen mehrere Mann verloren haben.

Das englische Kriegsamt erfüllt die Meldungen der Blätter, daß Kitchener sein Entlassungsgeheiß eingeleitet habe, für durchaus unbegründet. Es habe auch keinerlei Reibung zwischen Kitchener und dem Kriegsamt bestanden, indem ersterer das Oberkommando in Südafrika von Lord Roberts übernommen habe. — Wer es glaubt zählt einer Thaler!

Zur Ausführung der Kitchener'schen Proklamation ist, wie aus Pretoria gemeldet wird, am Sonntag eine neue Proklamation erlassen worden, welche über den Verkauf der Güter der noch im Felde stehenden Buren gemäß den in der früheren Proklamation Lord Kitchener's bekanntgegebenen Bedingungen Bestimmungen trifft. Danach wird die Unterhaltung der Familien solcher Buren, die noch nach dem 15. September im Felde stehen, als eine Last angesehen, für die aus dem Vermögen dieser Buren Bedingung zu nehmen ist. Die Proklamation regelt sodann im Einzelnen die Art der Verwertung dieser Güter und die Verwendung des Erlöses. Das Benehmen des „freien Englands“ gegenüber tapferen und ehrlichen Feinden, die wieder für die Freiheit ihres Vaterlandes kämpfen, wird immer schonachvoller. Ein derartiges Vorgehen ist unerhört in der Kriegsgeschichte jüdischer Völker.

Ueber einen Briefwechsel zwischen Lord Kitchener und Schall Burger, dem stellvertretenden Präsidenten von Transvaal, bringt das „Reuter'sche

Bureau“ aus Kapstadt vom Sonntag folgende Meldung: In der Erwiderung auf ein vom 5. d. M. datirtes Schreiben Schall Burger's, in welchem dieser das Verlangen nach Frieden ausdrückt, erklärt Lord Kitchener, diesen Wunsch werde von den Engländern getheilt; die Verantwortung für das Fortdauern des Krieges treffe die Buren. Nach der Ausrückung der Republik, die eine Folge des Krieges gewesen sei, könne Großbritannien der Bevölkerung gegenüber, die der neuen Herrschaft Loyalität bewiesen habe, nicht die Treue brechen. — Wahrhaftig, der Lord wird immer komischer!

Die „Times“ meldet aus Colombo vom Sonntag: Der Gouverneur theilte auf dem Exzerzierplatz der Freiwilligen mit, daß 200 Buren, welche sich dort als Kriegsgefangene auf Ehrenwort befinden, ihre Geneigtheit ausgedrückt hätten, den Treueid zu leisten und sich in den britischen Heeresdienst zur Verwendung außerhalb Südafrikas einreihen zu lassen. — Richtige Buren werden das kaum sein, denn die sind zu stolz, um sich als englische Soldknechte zu verdingen. Wahrscheinlich handelt es sich um Ausländer, die i. J. im Burenheer gedient haben. Hoffentlich hat kein Deutscher — deren eine ganze Zahl sich auf Ceylon als Kriegsgefangene befinden — sich dazu hergegeben, den englischen Soldatenrock anzuziehen.

### Vereinigte Staaten.

**Herr Roosevelt, der neue Präsident.** Aus New-York schreibt man uns: Herr Theodor Roosevelt, bisher Vize-Präsident, hat am 7. September seinen Amtseid abgelegt — die Zeremonie fand in Buffalo statt — und damit sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten angetreten. War Mc Kinley die Kreatur und der unterwürfige Diener des Großkapitals und besonders ein Werkzeug seines Machers und Mentors, des Kohlenminen-, Eisenwerks- und Schiffsbauhofs-Besizers Mark Hanna, und war er zugleich ein Professions-Politiker gewöhnlichsten Schlages, so ist Herr Roosevelt ein musterhafter Vertreter des sogenannten „besseren“ Bürgerthums, ein Seitenkrämpfer, wie man diese Schicht hier bezeichnet, ein in früheren Formen ansässiger, übrigens aber zum Erentlichen hinneigender und mit militärischem Großmannsdünkel behafteter Liebhaber des herrschenden Ausbeutungssystems; ein Repräsentant der kapitalistischen Anarchie ganz genau so, wenn nicht schlimmer, als McKinley. Als Feinde der organisierten Arbeiter waren beide gleich notorisch. Die Arbeiter des Landes haben in dem neuen Präsidenten nichts gewonnen. Wäre der Erfolg etwas mehr als ein Wahnsinniger, und sollte seine That ein gewisses Prinzip zur Geltung bringen, so müßten wir auch mit Hinblick auf unseren Präsidentenwechsel sagen, daß die „Propaganda der That“ wieder einmal gezeigt hat, wo für ihre Thaten Propaganda machen und sich damit wieder in ihrer ganzen Hirnverbranntheit erweisen hat.

**Ein Muster von einem Ausnahme-Gesetz.** Aus New-York, 17. September wird uns geschrieben:

Was der Schreiber dieser Zeilen vorausgesehen, ist in Wirklichkeit getreten: durch das Attentat auf McKinley hervorgehoben, wüthet eine tolle Anarchistenheer in ganzen Land, vom atlantischen bis zum stillen Ocean. Man sieht im Trüben, und indem die amerikanische Sensationspresse ihr Neugierstes thut, um die niedrigsten und brutalsten Triebe, die in so vielen Menschen schlummern, aufzuwecken und aufzuspiacheln, ist man auch schon auf das infamste aller Mittel zur Verübung von Schandthaten gekommen: die hochgebenedeite Freiheit dieses Landes soll endlich gekront werden durch ein — Ausnahmegesetz. Und was für ein Ausnahmegesetz! Es ist sehr wahrscheinlich, daß man ein im Staate Illinois bereits bestehendes Ausnahmegesetz zum Muster für gleichartige in den verchiedenen anderen Staaten der Union benützen wird, und das ist eine Maßregel, die in gewisser Hinsicht sogar das verächtliche deutsche „Sozialistengesetz“ bei weitem in Schatten stellt. Es dürfte die Leser der Arbeiterpresse in Deutschland interessieren, Kenntniß davon zu erlangen, was dieses Illinoiser Gesetz wirklich besagt.

Da es absolut unmöglich ist, das schauerliche Englisch unserer amerikanischen Gesetzbücher in's Deutsche zu übertragen, — im vorliegenden Falle haben wir es mit einem Satzchen zu thun, das nicht weniger als 297 Worte von einem Satzpunkt zum andern zählt, — so versuchen wir es mit einer Wiedergabe des Inhalts dieser gesetzgeberischen Entfaltung, wobei wir das graufige Satz-ungeheuer in seine einzelnen Bestandtheile zerlegen, und dieselben lesbar aneinander reihen, und in Schriftabsätze eintheilen. So, hoffen wir, werden unsere Leser die hübschen Intentionen zu würdigen vermögen, und nicht bei der ohnehin sehr unerfreulichen Lektüre wahrbarem Wahnsinn zum Opfer fallen. Was wir nachstehend geben, ist also der fümigemäße Inhalt einer Gesetzes-Novelle, die im Jahre 1886 von der Gesetzgebung des Staates Illinois angenommen wurde und seitdem für den Staat Geltung hat:

Wenn in Folge einer der nachstehend bezeichneten Handlungen ein oder mehr Menschen ums Leben kommen, oder irgend Jemand eine Körperverletzung erleidet, oder Eigentum zerstört wird, soll Jeder, der daran theilhaftig war, oder dabei irgendwie geholfen hat, als ein Mithäter der Thäter, oder des Thäters angesehen werden, mit dem er sich zur Ausführung verschworen habe, und soll als einer der Thäter selbst betrachtet und dementprechend bestraft werden, nämlich dann, 1) Wenn irgend eine Person in einer öffentlichen oder privaten Versammlung oder an irgend einem öffentlichen Platze durch Sprechen, oder durch Schreiben, Drucken oder Veröffentlichung, oder dadurch, daß er Jemand zu schreiben, drucken oder veröffentlichen veranlaßt, eine lokale (!) Revolution befürwortet, dazu ermuthigt oder sie unterstützt; 2) Oder wenn eine Person den Umsturz oder die Vernichtung der bestehenden Gesellschafts-Ordnung durch Gewalt, oder durch Widerstand gegen die gesetzliche Staatsmacht oder deren Lokalbehörden befürwortet, oder zur Zerstörung der Staatsmacht durch irgend eines der vorgenannten Mittel auffordert; 3) Wenn Jemand eine Störung des öffentlichen Friedens befürwortet, oder an solchem Unternehmen theilnimmt, dazu ermuthigt oder aufreizt. In keinem der oben bezeichneten Fälle soll es erforderlich sein, zu beweisen, daß das Sprechen von der Person oder den Personen, die das Verbrechen verübten, gehört, oder das Geschriebene oder Gedruckte dem Verübter oder den Verübtern thatsächlich zu Gesicht gekommen oder mitgetheilt wurde, wenn bewiesen wird, daß durch das Schreiben

Drucken oder Veröffentlichung eine Veröffentlichung bewirkt wurde. Wenn zwei oder mehr Personen sich verschwören, die bestehende Gesellschafts-Ordnung gewalttätig umzustürzen, und wenn bei der Ausführung ihres Planes irgend Jemand getötet wird, so sollen sämtliche Teilnehmer an der Verschwörung als Teilnehmer bei Ausführung des Verbrechens betrachtet werden, auch wenn die Zeit und der Ort zur Ausführung derselben von den Verschwörern nicht definitiv bestimmt, sondern den Umständen oder dem Ermessen der Personen, die das Verbrechen begingen, anheimgestellt waren.

### Philippinen.

Eine Schluppe der Amerikaner wird von den Philippinen gemeldet. Eine Kompanie amerikanische Infanterie, die Sonnabend in der Nähe von Balangina auf der Insel Somas beim Abfischen war, wurde von den Philippinos angegriffen. 24 Amerikaner entamen, 48 wurden getötet und elf verwundet. Die Philippinos erbeuteten Vorräte, Munition und den größten Teil der Gewehre der Kompanie. Trotz der Gefangenahme Aguinaldos scheint also die Widerstandskraft der Philippinos ungeschwächt zu sein, und es dünkt uns etwas vorzeitig, wenn bereits die amerikanische Regierung ein Gesetz für den Kongress vorbereitet, nach welchem die Philippinen den Namen „Dewey-Insel“, „Otis-Insel“ und die Namen anderer Amerikaner erhalten sollen, die sich bei der Erwerbung der Inseln hervorgethan haben. Das englische Beispiel in Südafrika, wo ebenfalls noch lange nicht eroberte Landstriche annektiert und ungetauft wurden, sollte den Amerikanern zur Warnung dienen.

### China.

**Heuerarbeit.** Da der deutsche Gesandte die Verhaftung von Räubern verlangt hatte, welche im August in der Nähe von Peking einen deutschen Kaufmann getötet hatten, wurde denselben der Prozeß gemacht. Die sieben Schuldigen wurden nach einer Meldung aus Peking zum Tode verurtheilt.

Das „Neuter'sche Bureau“ meldet aus Peking: Von maßgebender Seite wird erklärt, daß die deutsche Garnison in Schanghai bald zurückgezogen werden würde, ebenso auch die deutschen Truppen, die die Bahn an der Grenze von Kiautschou bewachen. Der deutsche Gesandte in Peking, der Generalgouverneur von Kiautschou sei von Yuanschikais Versicherungen, daß die Bahn beschützt werden würde, vollkommen betäubigt. Darauf hätten sie den Rückzug der Truppen beschlossen.

### Indien.

**Die Hungersnoth.** In Indien herrscht seit immer Hungersnoth, d. h., es giebt in diesem großen Lande, dem „glänzendsten Juwel des britischen Reiches“, immer Millionen Menschen, die nicht genug Nahrungsmittel haben. Die Hungersnoth wird aber erst vollkommen und findet in England erst dann einige Beachtung, wenn Tausende und Aber-tausende direkt am Hunger zu Grunde gehen. Eine solche Hungersnoth ist jetzt wieder infolge der schlechten Ernte eingetreten. Es ist nicht der eigentliche Mangel an Produkten, durch welchen diese permanente Hungersnoth hervorgerufen wird; Indien erzeugt genug, um seine Bevölkerung erhalten zu können. Da aber die meisten Erzeugnisse des Landes ausgeführt werden müssen, um die drückenden Steuern an England bezahlen zu können, entsteht bei der geringsten Mißernte sofort Hungersnoth. J. Jt. ist die Zahl der-jenigen Personen, welche „Hunger-Unterstützung“ erhalten, auf 409 000 angewachsen.

**Arbeiter! Eure Pflicht ist's,**

**Bei jeder Gelegenheit aller-**

**Orts Eurer Zeitung**

**Neue Leser zuzuführen;**

**Nur dann ist die Presse**

**In der Lage, ihr Ziel zu er-**

**reichen: mit Erfolg einzu-**

**treten für das Proletariat!**

## Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 1. Oktober.

Die Gewerkschaften werden ersucht, ihre Fahnen heute, Dienstag, Abend zwischen 8 und 9 Uhr vom „Bereinshaus“ abzuholen.

Einen „Epilog zum sozialdemokratischen Parteitage“ veröffentlicht das hiesige Amtsblatt. Da wir jedoch die einzelnen Theile dieses Artikels mit wenigen Ausnahmen bereits in anderen bürgerlichen Zeitungen vorgefunden haben und es sich demnach nicht um eigenes Nachwerk der Redaktion des Amtsblattes handelt, verzichten wir auf eine Polemik.

Niedriger hängen wollen wir nachfolgende gemeine Demunziation der „Eisenbahn-Zeitung“:

„Eine ganze Reihe bürgerlicher Geschäftsleute unterstützt fortgesetzt indirekt die „Kotken“. Mit bürgerlichem Gelde ist die Genossenschaftsbäckerei zu Stande gekommen, deren Ueberhälften nun alle Partei-Unternehmen betuchten, mit bürgerlichem Gelde ist das Folge-Bereinshaus geschaffen. Noch heute haben Männer, die ihrer Gesinnung wie auch ihrer Stellung nach unumgänglich Sozialdemokraten sein können, Hypotheken in den Grundbüchern Johannisstraße No. 50 und 52! So ganz Herr Wedel nimmt es also doch nicht mit der eigenen Kraft der Lübecker Sozialdemokratie.“

Der Schreiber obiger Zeilen beweist, daß bei ihm thät-sächlich die Scham zu den Hundsn entflohen ist.

Ein betäubender Unglücksfall ereignete sich Dienstag Morgen kurz nach 6 Uhr auf einem unterhalb der Con-stinstraße liegenden Kohlenleichter. Dort stürzte der Hafen-arbeiter Heinrich Varghols, wahrscheinlich infolge eines Fehltrittes, über Bord und fand seinen Tod in den Wellen.

Der Arbeiterturnverein hielt am Sonntag im großen Saale des Vereinshauses eine Festlichkeit ab, die sich eines überaus starken Besuches zu erfreuen hatte. Der bewußte Apfel konnte sicherlich nicht zur Erde kommen. Besonders Interesse gewann das Fest dadurch, daß der Verein die er-schienenen Teilnehmer durch mehrfache Proben seiner turnerischen Leistungsfähigkeit erfreute. Das Schauturnen, das sich auf fast alle Gebiete des Turnwesens erstreckte, ver-lief in allen seinen Theilen in jeder Beziehung vorzüglich und dürfte dem Verein sicherlich neue Freunde zugeführt haben. Die Gasttheilnehmer, mit der alle Uebungen ausgeführt wurden, erregten allgemeine Bewunderung und Freude. Ein Ball, an dem Frohsinn und Geselligkeit herrschten, hielt die Festtheilnehmer noch lange zusammen.

**Die Züchtigung fremder Kinder.** Die oft aufge-worfene Frage, ob man unter Umständen das Recht habe, fremde Kinder zu züchtigen, ist, im Gegensatz zu der bis-herigen juristischen Praxis in Preußen und wohl auch in den meisten übrigen Bundesstaaten, letzter Tage von dem Tüffel-dorfer Landgericht bejahend beantwortet worden. Ein Stell-macher hatte zwei elf- und zwölfjährige Jungen, weil sie ihn mit Steinwürfen verfolgten, kurzer Hand gepackt und derb geohrfeigt. Der Staatsanwalt beantragte, obwohl er zugeben mußte, daß die Jungen Strafe verdient hätten, Bestrafung, da man keine Nothwehr annehmen könne. Das Richterkollegium war jedoch der Ansicht, daß man sich un-nütze Vengeln, die mit Steinen werfen, gar nicht anders als durch körperliche Züchtigung auf frischer That vom Halse halten könne, daß der Angeklagte also im Falle der Nothwehr gehandelt habe, und ipso facto frei. Die sächsische Ge-richtspraxis hat dem Kinde eines anderen gegenüber ein so-genanntes abgeleitetes Züchtigungsrecht festgestellt. Die Züchtigung ist jedoch nur berechtigt unter der dreifachen Voraussetzung, daß die betreffenden Ungezogenheiten derart waren, daß ihnen nur durch sofortige Züchtigung begegnet werden konnte, daß ferner das Urtheil der Eltern nicht zu ermöglichen war, und daß von dem Züchtigenden angenommen werden konnte, er handle im Sinne der Eltern des Kindes.

**Achtung, Gewerkschaftskassierer!** Der Kassierer der Aufsichtskommission für das Arbeitersekretariat sowie der Kassierer des Gewerkschaftsartells sind heute, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag Abend von 8 1/2 Uhr ab im Ver-einshaus, Zimmer Nr. 7, zur Entgegennahme der Beiträge anwesend.

**Strafkammer.** Ein netter Sohn stand am Montag in der Person des Gelegenheitsarbeiters G. wegen Diebstahls unter Anklage. Derselbe hatte seinem Vater Ende August aus einer verschlossenen Tischschublade, die er mittelst einer Scheere erbrochen hatte, die gemünzten Er-sparsparnisse von 140 Mk. entwendet und das Geld in leicht-sinniger Weise verjubelt. Das Gericht verurtheilte den häufig vorbestraften Angeklagten zu 1 Jahr Gefäng-niß. — Ein langes Strafregister hat die pol-nische Dienstmagd C. aufzuweisen. Hauptächlich ist sie mit der Sittenpolizei der verschiedenen Städte in Konflikt ge-kommen. Anfang Juni ließ sich die Angeklagte durch eine Kostoder Gefindevermiettherin an den Gutspäther G. in Weyfel bei Idesloe vermieten. Trotzdem sie in Positod eine Fahrkarte bis Idesloe erhalten hatte, entstieg sie doch bereits in Lübeck dem Zuge und verließ zunächst bei einer Gefindevermiettherin in der Fischergrube. Inzwischen schrieb sie an den Gutspäther G., es mangle ihr an dem Fahr-gelde nach Idesloe, worauf sie von diesem auch sofort auf telegraphischem Wege 5 Mk. angewiesen erhielt. Sie trat jedoch die Reise nicht an, sondern vermietete sich vielmehr an einen Wapner in Blankensee, von dem sie auch das Gottes-geld annahm. Wegen der Betrügereien wird der Ange-klagten eine Gefängnißstrafe von vier Monaten, unter Anrechnung von einem Monat Unterbringungshaft, und wegen der Uebertretung der Gefinde-ordnung eine Geldstrafe von 6 Mark, evtl. 2 Tage Haft zukommen. — Einen schwungvollen Handel mit Uhren und Uhrketten betrieben die wegen Betruges ange-klagten Arbeiter Br. und Bu. Dieselben hatten sich in Hamburg mit werthlosen Uhren und Uhrketten verziehen und versuchten nun, dieselben in Lübeck zu hoher Preisen an den Mann zu bringen. So hat Br. eine völlig werthlose Uhr unter der Angabe, es sei eine goldene Uhr, an einen Haus-fnecht gegen dessen gute Uhr und 10 Mark vertauscht. Sein Freund und Kompagnon Bu. hat eine minderwerthige Kette als Golddoubletette für 2 Mark an einen Droschkenfutcher verkauft. Diese Straftthaten bringen Br. 5 Monate und Bu. 1 Monat Gefängniß ein.

**Neue Straßennamen.** Das Polizeiamt giebt im Auftrage des Senats bekannt, daß auf die Verlängerung der Waisenhoffstraße bis zum Mebius'schen Grundstück die Be-zeichnung „Waisenhoffstraße“, auf die zur Verbin-dung der bisher getrennten beiden Stücke der Warendorp-straße zwischen Heiserstraße und Friedensstraße hergestellte neue Straßentrecke die Bezeichnung „Warendorpstraße“ an-gesetzt, und daß ferner der neuangelegten Verbindungs-straße zwischen der Waisenhof- und Warendorpstraße die Bezeichnung „Glandorpstraße“ beigelegt worden ist.

**Kleine amtliche Nachrichten.** Der Senat hat den Amtsrichter Dr. jur. H. G. Kulenkamp hier selbst zum Mit-gliede des Landgerichtes der freien und Hansestadt und des Fürstenthums Lübeck ernannt und seinen Amtsantritt auf den 1. Novbr. d. J. festgesetzt; ferner hat der Senat den Oberlehrer an der San-gewerkschule, E. C. A. d. T., und den Wasserbauinspektor Bauwath F. A. H. P. auf ihren Antrag zum 1. Oktober d. J. aus dem hiesigen Staatsdienst entlassen. — In das Handels-register ist eingetragen worden: bei der Firma S. Jarmulowsky u. Co.: Dem Albert Jarmulowsky in New York ist Procura ertheilt worden. — In das Vereinsregister ist unter Nr. 7 folgende Eintragung gemacht worden: „Lübecker Kinder-Gesellschaft von 1885, eingetragener Verein“. Lübeck. Vorstand: Hausohl, Chr. L. Kaufmann; Boie, E. J. F. Kaufmann; Blund, E. C. H. Architekt; Hausohl, D. J. Kaufmann; Meyer, L. E., Kaufmann; Kabe, G. E., Kaufmann; Freitag, J. H. F., Kaufmann und Jahn, H. E. D., Kaufmann, sämtlich in Lübeck.

pb. Festnahmen erfolgten am Sonntag 3 wegen Bettelns und 4 wegen Trunkenheit.

pb. Wegen Obdachlosigkeit begabten sich in der Nacht zum Montag 8 Personen in Schuchst. Schwartau. Wie sich Angehörige der oberen Behtausend amüsiren, ersieht der ge-neigte Leser aus folgendem Inserat einer bürgerlichen Zeitung:

Zur gefälligen Beachtung.

Das gestern in meinen Sälen abgehaltene Tanzkränz-chen versteht mich in die Lage, die Ursache der unliebsamen Störungen öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Die Klarlegung geschieht lediglich aus dem Grunde, um den Damen und Herren, welche sich an diesen widerlichen Ausritten nicht betheiligten, diese Angelegenheit von der richtigen Seite zu beleuchten.

Stets mit Freuden bin ich bereit, mich der größten Mühe zu unterziehen und keine Kosten zu sparen, um jedwede Festlich-keit in meinen Sälen für alle Teilnehmer zufriedenstellend zu gestalten. Das Betragen der einzelnen Damen und Herren, welche sich direkt meinem Sohne und mir in solch empfindender Weise gegenüber stellten, spottet denn doch jeder Beschreibung.

Die unzähligen Veranlassungen in meinen Sälen, die oft von allen Kreisen benutzt werden, haben noch nie, nicht einmal an Montagen, sich so gehalten. Ich hatte aus purer Geselligkeit meine Brautträume zur Garderobe hergegeben, um den Herr-schaften die Treppe zu ersparen. Die Einzelnen, welche wir im Auge haben (und nur diese) beschmühten die Wände, stakten ihre Hüfte an die ziemlich werthvollen Gardinen, trotzdem Ständer-vollständig vorhanden waren, peinigten und körten uns durch un-aufhörliches Klingeln und Klopfen mit den Füßen und den Händen an allen Thüren, stieß von einem Schwarm junger Herren umgeben stundenlang. Als es gar nicht mehr zu er-tragen war, ließ ich die sämtlichen Garderobenstücke, damit endlich meine Leute in der Küche ungestört arbeiten konnten, in tabellarischer Ordnung in ein an den Sälen direkt gelegenes Zimmer bringen und hätte die Frau vollständig ordnungsmäßig jedes Stück am Schluß zurückgeben können, da stürzten die aufrehr-lichen Elemente auf die Garderobe los, rissen Alles durchein-ander, warfen die Sachen zur Erde und geberdeten sich unwürdig einer solchen Gesellschaft. Sie beschimpften meinen Sohn und mich. Ein Herr, dessen Name ich hier uerwähnt lasse, riß sogar den Thürgriff von meinem Zimmer ab, absichtlich um sich Ein-gang zu verschaffen.

Während jede einfache Tanzmusik bei viel besser gestimmtem Betragen den künstlerischen Gelds bringt, brachte dieses Tanz-tränzchen eine Einnahme von 82 Mark, wörtlich zweund-achtzig Mark, dem ein Unkostenkonto (Stein, Bedienung, Be-leuchtung, Bewachung und Logis für die Musik u.), welches mir Alles angesetzt wurde, von 48 Mk. gegenüberstand. Die Herr-schaften hatten sich also nie meine Rechnung in meinen Sälen amüßigt, während wir tagelange Arbeit und nichts wie Verg-er und Verdruß hatten.

Ich bedauere aufrichtig, daß alle anderen Damen und Herren durch das Gebahren der Betreffenden alterirt wurden.

Schwartau.

Hochachtungsvoll

Kranz Elise Peters, Hotel Germania.

Diese Mügel sind nicht etwa „ungebildete“ Arbeiter, son-der „gebildet“ sein wollende Vertreter besserer Stände gewesen. Jeglicher Kommentar hierzu ist überflüssig.

**Curia. Selbstmord.** In Gremismühle machte eine junge Dame, die Tochter eines Professors in Schwerin, ihrem Leben freiwillig ein Ende, indem sie sich im Diebsee ertränkte. Die Unglückliche, die etwa 22 Jahre alt ist, hinterließ Briefe, aus denen die Absicht, aus dem Leben zu scheiden, hervorgeht.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Auf der Station Wiligrad bei Kleinen wurde Sonnabend Vor-mittag der Hülfswegenteller Busch beim Ueberstreiten der Gelse von der Maschine des einjahren Zuges erfaßt und so schwer verletzt, daß er am Nachmittag bereits ver-starb. — In Rosloda wurde der frühere Lehrer K. in Rethwisch wegen Unterschlagung von 5412,06 Mark zum Nachtheil der Rethwischer Spar- und Darlehnskasse zu zwei Jahren Gefängniß und den üblichen Nebenstrafen verurtheilt. — Einem Lehrling wurde am Sonntag Morgen in Habersee ein Geldbrief mit 2116 Mark, den er auf dem Hauptpostamt hatte liegen lassen, entwendet. — Der Bureauvorsteher eines Hamburger Rechtsanwalts hat vereinnahmte Gelder unterschlagen, und solche, die er aus-zahlen sollte, für sich behalten, die Beträge aber in den Büchern als bezahlt eingetragen. Die Unterschlagungen sollen sich auf 30 000 Mark beziffern. Ein Bureaugehülfe des Rechtsanwalts hat 320 Mann unterschlagen. Beide Desraubanten wurden in Haft genommen. — Ein Opfer der elektrischen Straßenbahn ist in der Nacht zum Montag eine Frau in Hamburg geworden. Dieselbe gerieth beim Ueberstreiten der Schienen unter einen Motorwagen und wurde sofort getötet. — Das Amtsgericht in Hamburg hat gegen 135 Gast- und Schankwirthe Strafmandate er-lassen, weil sie nach dem 9 Uhr-Ladenstluß resp. während der gesetzlichen Sonntagsruhe Tabakfabrikate, namentlich Zigarren und Zigaretten, in größeren Quanten an ihre Gäste oder sonstige Kunden gegen Entgelt veräußert haben. In einzelnen Fällen sollen sogar 25 und 50 Zigarren (anstatt „eine zur Zeit“) auf einmal verkauft worden sein. Die Be-strafung erfolgte in den meisten Fällen auf Veranlassung von Mitgliedern des Vereins der Tabak- und Zigarrenfabri-anten. — In Wedel hat ein Schuhmachergeselle die siebenjährige Tochter eines Arbeiters ins Feld gelockt und dort vergewaltigt. Der Unhold konnte erfaßt werden. — Die Scharlach-Erkrankungen in Bremen mehrten sich in erschreckendem Maße. In letzter Woche gelangten 73 Er-krankungen zur Anzeige. — Aus Bant wird gemeldet: Vom Zuge gesprungen ist am Sonnabend Nachmittag zwi-schen Mariensiel und Sande ein unbekannter Arbeiter und hat sich dabei schwer verletzt. Er machte nämlich die Reise auf dem Trittbrett mit, weil er in Sande zu spät gekommen und dem sich bereits in Fahrt befindlichen Zuge nachge-sprungen war. Unterwegs führte nun ein Windstoß seinen Hut fort und um diesen wieder zu erlangen, sprang er ihm-kurz entschlossen nach. Er sprang dabei jedoch so unglück-lich, daß er sich mehrere Male überstülpte und dabei schwere Verletzungen davontrug. Wie wir heute hören, soll der Un-glückliche bereits seinen Verletzungen erlegen sein.

**Idesloe.** Ein Bündlerorgan über die Lehren des wirtschaftlichen Niedergangs. Die „Mit-Holsteinischen Nachrichten“, ein Blatt, welches an-fänglich der geplanten Erhöhung der Getreidezölle nicht genug-jammern konnte über die Rath der Landwirtschaft, kommen in ihrem Artikel über den wirtschaftlichen Niedergang zu dem ganz sonderbaren Resultat, daß man während des langen wirtschaftlichen Aufschwungs „zu äppig“ war, daß man „zu hohe Preise für die Waaren verlangte und wegen der Selbstkosten oft verlangen mußte.“ Mit

anderen Worten: Es hat an der nötigen Sparsamkeit ge-  
fehlt, soweit die Arbeiter in Betracht kommen; sofern es sich  
um Unternehmer handelt, so sind diese infolge der hohen  
Arbeitslöhne gezwungen gewesen, zu hohe Preise zu verlangen.  
Es ist charakteristisch, daß das Organ der Sekt trinkenden  
Bündler den Arbeitern Leppigkeit vorwirft; es sollte lieber  
zunächst einmal denjenigen Agrariern, deren Noth man aus  
ihrem Leibesumfang zur Genüge erkennen kann, den Spiegel  
vorhalten und dort die bessere Hand anlegen. Dann nicht  
das Blatt seinen Lesern die alte Mär von den hohen Ar-  
beitslöhnen, allerdings in verschleierte, für den Landarbeiter  
theilweise unverständlicher Form auf. Nun, das Bündler-  
organ hätte sich diese Mühe sparen können, es hätte dadurch  
nicht noch das Odium der Lächerlichkeit auf sich geladen.  
Denn festgestelltemaßen haben die Arbeiter von dem wirk-  
schaftlichen Aufschwung nur insofern etwas verspürt, als sich  
ihnen vermehrte Arbeitsgelegenheit bot, von einer nennens-  
werthen Erhöhung der Löhne ist ihnen jedoch nichts bekannt.  
Mindestens aber ist es unwahr, daß eine nach Ansicht des  
Bündlerorgans eingetretene Erhöhung der Preise zurückzu-  
führen ist auf eine vielleicht an diesem oder jenem Ort ein-  
getretene Lohnerhöhung. Zum Schluß meint der Verfasser  
jenes Artikels, daß u. A. durch Herabsetzung der Entstehungs-  
kosten, also der Löhne, die Waaren billiger verkauft werden  
könnten, dann würde auch die Kaufkraft des Volkes  
steigen. Also bei Herabsetzung der Löhne und  
gleichzeitiger Vertehrung der allernothwendigsten  
Lebensbedürfnisse seitens der Agrarier wird die  
Kaufkraft des Volkes steigen; das ist bei jener Zeitung des  
Hübels Kern. O heilige Einfalt! Die Arbeiterschaft erzieht  
hieraus abermals, weß Geistes Kind die „Nt.-Hollsteinischen  
Nachrichten“ sind. Hoffentlich zieht sie aus diesem Vorfall  
die richtige Lehre und verbannt eine Zeitung aus ihrem  
Haufe, die als Bündlerorgan auch lediglich die Interessen  
der Agrarier, und niemals die der Arbeiter, vertritt.

**Hamburg.** Ein Musterarbeitsvertrag,  
von dem man wirklich annehmen sollte, daß er gegen die  
guten Sitten verstoße, ist dem „S. G.“ dieser Tage in die

Hände gekommen und wird von demselben niedriger ge-  
hängt:

Ich, Endesunterzeichneter, N. N., verpflichte mich hier-  
durch, die Obliegenheiten der mir von der Dampfschiffahrts-  
gesellschaft „Hamburg“ mit beschränkter Haftung übertragenen  
Stellung als Lagermeister und Buchführer auf dem Schuppen  
am Johannisbollwerk treu und gewissenhaft zu erfüllen, auch  
über die auf dem Schuppen befindlichen Güter genaue Kon-  
trolle zu üben und für jedes Versehen durch falsche Aus-  
lieferung, sowie für jeden Diebstahl, der etwa auf dem  
Schuppen vorkommen sollte, zu haften, wofür ich die Gesell-  
schaft ausdrücklich ermächtige, sich an dem von mir als  
Kantion hinterlegten Sparfassenbuch des Altonaischen Unter-  
stützungs-Instituts Nr. 2473 über 500 Mark (fünf Hundert  
Mark) schadlos zu halten. Ebenso soll die Kantion zur  
Schadloshaltung der Gesellschaft dienen, wenn ich meine  
Stellung ohne die gesetzmäßige Kündigung von 14 Tagen  
vorher verlasse.

Hamburg, den 31. März 1899.

Und welche Besoldung hatte der Mann, der alle diese  
Verpflichtungen übernehmen mußte? Ganze 24 Mark  
pro Woche. Zwei Jahre hatte er für diese traurige Ent-  
lohnung seinen Posten gewissenhaft ausgefüllt. Da aber  
wurde er dem Vorsitzenden des Aufsichtsrathes der Gesell-  
schaft, Bürgerchaftsmitglied und Werftbesitzer Wichorst  
unbequem, weil er denselben zu tief in die Karten geschaut  
hatte, und W. suchte ihn loszuwerden. Dazu diente fol-  
gendes niederträchtige Manöver: Einem Tages wurde der  
Schuppenvorsteher auf Grund einer Anzeige durch einen  
Polizei-Offizianten verhaftet. Er sollte ein Faß Wein vom  
Schuppen entwendet haben. Hinterdrein stellte sich jedoch  
heraus, daß das Faß Wein im Auftrage eines Aufsichtsrath-  
mitgliedes vom Schuppen durch Dritte entfernt und  
hinterdrein wieder dorthin gebracht war. Der Schuppen-  
vorsteher wurde zwar aus der Haft bald wieder entlassen,  
auch das Verfahren wurde später eingestellt, aber seine Stel-  
lung bei der Gesellschaft erhielt er nicht wieder. Der  
Mann hat durch die Affäre den ärgsten Schaden erlitten,

noch heute hat er Forderungen an die Gesellschaft „Ham-  
burg“, die erfüllt zu sehen, er jetzt die Gerichte hat in An-  
spruch nehmen müssen. Vor allem aber ist er durch den  
gegen ihn erhobenen Diebstahlverdacht in üble Lage ge-  
kommen. Zwar ist er von dem Verdacht formell gerechtfertigt,  
aber trotzdem wird es ihm ungeheuerlich schwer, wieder  
eine Stellung zu finden, und das trotzdem er die besten  
Zeugnisse aufweisen kann. — Definitive Beendi-  
gung des Streiks der Kupferschmiede. In  
einer am Sonnabend Abend abgehaltenen Versammlung der  
Kupferschmiede wurde in geheimer Abstimmung mit 48 gegen  
46 Stimmen beschloffen, den Streik und auch die Sperre  
über Hamburg-Altona aufzuheben.

**Hamburg.** Der muthmaßliche Mörder der  
vor mehreren Wochen in seinem Laden mittelst eines stumpfen  
Instrumentes ermordeten Kaufmannes Geier soll in der  
Person eines Arbeiters Rinaldo in Dortmund ermittelt  
worden sein. Gegen den Verhafteten liegen schwere Ver-  
dachtsmomente vor; die Kriminalpolizei hat nämlich in Er-  
fassung gebracht, daß derselbe einige Tage vor dem Morde  
in dem Geier'schen Hause gearbeitet hat und somit eine  
genaue Kenntniß von der Einrichtung des Hauses besaß.  
Am Tage des Mordes ist der Verhaftete dann, nachdem er  
sich in auffälliger Weise vor dem Laden des Ermordeten  
aufgehalten hatte, plötzlich abgereist, ohne irgend eine Spur  
zu hinterlassen.

**Briefkasten.**

Schneider. Wegen Raummangels zurückgestellt.

**Steruschanz-Viehmarkt**

Hamburg, 30. September

Der Schweinehandel verlief gut.  
Kopfschmalz 210 Stk., davon vom Norden —, vom  
Süden — Stk. Preise: Sengschweine — M. Verlandschweine,  
schwere 59—60 M., leichte 60—61 M., Sauen 51—58 M. und  
Berkei 57—59 M. pr 100 Pfd.

Zu vermieten zum 1. Januar 1902 eine  
1. Etage Briefstraße 10.

Ein möbl. Zimmer an einem besseren jung.  
Mann zu vermieten  
Glockenkieferstraße 11.

Ein möbliertes Zimmer zu vermieten.  
Belzerstraße 22, part.

Ein Fahrrad zu verkaufen  
Engelsgrube 61/13.

Lauben billig zu verkaufen  
Balanierstraße 29.

Ein freundlich möbliertes straßenwärts  
gelegenes Zimmer zu vermieten  
Sadowstraße 12, 1.

3 Lebensbäume (Taja) zu verkaufen  
Bergstraße 7.

Ein gebt. gut erhaltener holländischer Faust-  
drilling und einige gut erhaltene gebrauchte  
Jagdgewehre billig zu verkaufen  
Sollnerstraße 8.

Ein gebrauchter Kachelherd mit Brat-  
pfen und kupferner Wasserkessel zu ver-  
kaufen  
Büste Dürerstraße 16.

Zu verkaufen ein moderner Kinderwagen  
und zu kaufen gesucht ein zweiflügeliger Sport-  
wagen  
Blücherstraße 24.

Verloren ein Portemonnaie mit Inhalt von  
der Einlage bis Ludwigstraße. Ab-  
zugeben gegen Belohnung Ludwigstraße 62.

Wer theilhaftig sich bei einem flott-  
gehenden Patentartikel mit Kapital.  
Nicht u. M. P. an die Exped. d. Bl.

Wohne jetzt: Schützenstraße 60, II.  
**Carl Becker, Maler.**

Wohne Au der Mauer 57, parterre  
jetzt: bei der  
Mühlentorstraße **Frau Bischoff, Hebamme.**

**Frau Russ, Hebamme**  
wohnt jetzt: Au der Mauer 57, 1. Et.  
bei der Mühlentorstraße.

**Seifen-Special-Geschäft**  
von Christian Jörs  
Schäffelboden 10 Fabrik Schäffelboden 10.

**Friedr. Paetan, Buchfabrik**  
27 Mühlentorstraße 27  
Frisches Kopf und Bein.  
H. Kopffleisch H.

Nach wie vor liefert meine  
auert. tabellose ff. Margarine 60 Pfg.  
sowie Special-Markte Natur 70 Pfg.  
C. D. Dürkop, Steinbüchelweg.

**Busch's Möbelmagazin**  
— Alsterstraße 21 —

1 Schlaf. Bettstellen von 11—	M. an
Leibschrank	16—
Commoden	16—
Speisestühle	14—
Stühle	4.50—
Polsterstühle	7—
Bettstellen	16—
Bettstellen	25—

**Die Schuhwaaren-Reparatur-Werkstatt Lube ca**  
**Warendorpstrasse No. 6**  
bringt sich in empfehlende Erinnerung.  
**— Preise wie bekannt. —**  
**Juh. : Johs. Prüssmann**  
früherer Werkführer im Hauptgeschäft der Lübecker St. Lorenz-Besohl-Anstalt.

Engelsgrube 53 **H. Mohr** Schwönnefenquerstr. 1  
**Möbel-Ausstattungs-Geschäft**  
empfehlen sein  
grosstes Lager in **Mobilien**, einfach und elegant.  
Großartige Auswahl. — Dauerhafte Arbeit. — Billige Preise.  
Verkauf auf Wunsch auch auf Theilzahlung. Ansicht gerne gestattet.

**Arbeiter-Notiz-**  
**Kalender 1902**  
Mit mehreren Illustrationen  
u. A.: Entwurf von  
**Liebknechts Grab-Denkmal.**  
Geb. 60 Pfg., Porto 10 Pfg.

**Inhalts-Auszug**  
Die neuen Gesetze betr. Soldaten-  
Anfallfürsorge und Kriegsinvaliden-  
Versicherung, erläutert von Paul  
Singer. — Wahlergebnisse  
im Reichswahlgesetz bis August  
1900. — Neue Volkszählungs-  
Resultate in Reich, Einzelstaaten und  
Städten über 10,000 Einwohner. —  
Staatliche Arbeiterführer mit Ver-  
trauen von Guesde, Jaurès, Müllers,  
Kollontai. — Militärliche  
Steigerung seit 1871. — Dienstverhältnis  
über Reichstag und Bundesrat. —  
Einkaufssteuer-Verordnungen.  
Gewerkschaftliche Artikel, 3 B.:  
Deutsche Gewerkschaften 1890—1900.  
Deutsche Gewerkschaftsfortschritt.  
Was können die Gewerkschaften?  
Aberkennung der Gewerkschafts-Regu-  
lationen. Gewerbe-Inspektionen,  
Arbeiterfortschritt.  
Neue Arbeitergesetzbestimmungen.  
Prakt. Vorschlag zur Arbeitsverhältnis-  
gesetzen diesmal den Kalender für  
**Gewerkschaften und Partei**  
zu einem besonders praktischen und  
agitatorenreichen Nachschlagewerk.  
Dadurch jede Buchhandlung zu beziehen.  
Buchhandlung Vorwärts  
Berlin SW., Reichstr. 2.

**Billige Uhren-Reparatur-**  
**Werkstatt**  
Reparatur u. Reparatur. Mehrjähr. Garantie.  
Nur je eines 1.50 M. Uhrmacher 30 Pfg.  
Taschenuhren von 5 M. Pendeluhr u. 3 M.  
Regulator u. 10 M. an. **Große Ausb.**  
**H. Schultze, Uhrmacher, Johannisstr. 3.**

**J. Holzner, Lötzer, Hirtstraße 119**  
empfiehlt sich zum Reparieren von alten und neuen  
Uhren und Herden, sowie Reparaturen.

**Gesundheitsschutz**  
in Staat, Gemeinde u. Familie.  
Herausgegeben von  
**Emmanuel Warm**  
unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten.  
Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg.

**Pfaffenspiegel**  
5. (neueste) Auflage.  
11 Lieferungen à 30 Pfg., gebunden 4.50 Mark.

**Reclam's**  
**Bibliothek**  
in Taschenformat.  
Romane und Novellen der bestbeten Schriftsteller.  
à Bändchen 20 Pfg.  
Zu beziehen durch die  
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.

**Achtung Maler!**

**General-Versammlung**  
am Donnerstag den 3. October  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal.  
2. Geschäftsbericht.  
3. Finanzbericht und Bericht über den  
Weg wichtiger Angelegenheiten was jeder  
Collega in dieser Versammlung anwesend sein.  
Der Vorstand.

**Achtung!**  
**Werstarbeiterverband**  
**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
am Mittwoch den 2. October  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.  
Tagesordnung wird in der Versammlung be-  
kannt gemacht.  
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist er-  
forderlich.  
Der Vorstand.

**Central-Verband**  
**deutscher Maurer.**  
(Zweigverein Lübeck.)  
**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
am Mittwoch den 2. October  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Wohnungsfrage.  
Referent: Genosse J. Stelling.  
2. Vereinsangelegenheiten  
Alle Mitglieder müssen zur Versammlung an-  
wesend sein.  
Der Vorstand.

**Circus Variété**  
Sente und folgende Tage das neue  
**Sensationsprogramm**  
u. A. die unübertrefflichen  
**Buren-**  
**Ballet-**  
und die herrlichen  
**10 Clite-Nummern.**  
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.  
Beginn der Vorstellung 8 Uhr.  
Billets im Vorverkauf bis 6 Uhr ermäßigt.  
Donnerstag:  
Wieder-Auftreten von  
**Heinr. Kalnberg.**

**Stadt-Theater.**  
Mittwoch den 2. October 1901:  
— Anfang 7 1/2 Uhr —  
4. Vorst. 1. Vorstellung im Mittwochs-Abend.  
**Cyprienne.**  
Aufspiel in 3 Aufzügen.  
Donnerstag den 3. October  
**Fidelio.**

## Bürgerliche Sozialpolitik und sozialdemokratische Aktion.

M. P. Das Schlagwort von der bloß negativen Thätigkeit der Sozialdemokratie zählt zu den ältesten Sündenbüchern, die jeder Durchschnittsprofessor hervorholt, sobald er sich auf das Gebiet der Agitation gegen den „Umsturz“ begiebt. Wie aber steht es mit der positiven Thätigkeit der bürgerlichen Sozialpolitik, was hat sie geleistet, was kann sie leisten? — Wirft man diese Frage in Deutschland auf, so wird von den Anhängern prompt mit dem Hinweis auf die „sozialpolitischen Großthat des deutschen Reiches“, die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die „Krönung des Gebäudes“, die Altersversicherung, geantwortet. Abgesehen davon, daß nach dem Worte Bismarcks ohne die Sozialdemokratie auch diese „Großthat“ nie zustande gekommen wäre, ist doch stets zu bedenken, daß die ganze Arbeiterversicherungssaktion sozialpolitisch keinen prinzipiellen Fortschritt bedeutet, daß sie sich dem Grundgedanken nach auf dem Gebiete der Armenpflege bewegt. Seit jeher hat die bürgerliche Gesellschaft zu ihrem eigenen Schutze für die Armen, die Hilflosen, sorgen müssen; jetzt wurde diese Fürsorge vom Staate übernommen, und — darin lag die ganze Weisheit — die Last zum größten Theil den Versicherten selbst aufgelegt. Soweit aber neue Prinzipien hier zu finden sind, soweit in der Versicherung mehr als Armenunterstützung zu suchen ist, verdankt man das einzig und allein dem erwachten Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse. Soweit die Versicherung zu einer Aktion „sozialer Erziehung“ geworden ist, verdankt man in Deutschland diese Resultate dem organisatorischen Sinne der Sozialdemokratie. — Wie aber steht es auf anderen Gebieten, was ist hier von den bürgerlichen Sozialpolitikern zu erhoffen? Zur Beantwortung dieser Frage liefert die dieser Tage in München abgehaltene Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik einen bemerkenswerthen Beitrag.

Auf der Tagesordnung stand eine der brennendsten Fragen der Gegenwart, die Wohnungsfrage. Es handelte sich hier um eine zweifellos große sozialpolitische Aufgabe, um eine Frage, die die vitalsten Interessen des Volkes betrifft und dabei eine der schwierigsten Fragen. In der Versammlung waren zweifellos tüchtige Kenner des Problems vertreten, Leute, die aus dem Studium dieser Sache ein Spezialfach gemacht haben, die Referate von Prof. Fuchs und Landrath Brandts beweisen es. In der Diskussion jedoch zeigte es sich alsbald, daß selbst die Sozialpolitiker vom Fach in der Mehrzahl in dieser Frage sich durch — glänzende Unkenntnis auszeichnen. Es giebt hier eine ganze Reihe von Punkten, die nur durch reintheoretische Studien zu lösen sind; dazu gehört z. B. die Kontroverse, ob die Wohnungsfrage in erster Linie von der Gestaltung der rein wirtschaftlichen Verhältnisse abhängt, vom „natürlichen Anwachsen der Bodenrente“, oder ob die Kalamität in den Städten besonders auf falsche administrative Behandlung der Angelegenheit zurückzuführen sei. Je nachdem die Antwort so oder so ausfällt, ergibt sich die größere oder geringere Bedeutung für die Handhabung der Wohnungspolitik, der Bauordnung etc., oder man kommt zum Schlusse, daß eine durchgreifende Reform der Bodenbesitzverhältnisse allein helfen könne. Beide Auffassungen kommen nun hier zum Worte (die „administrative Auffassung“ wurde von Dr. Herbert vertreten). Man sollte nun meinen, daß diese Versammlung von Fachgelehrten sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen würde, um die einschlägigen theoretischen Probleme mit aller Gründlichkeit zu klären. Weit gefehlt! Denn sehr bald vertheilte sich die Diskussion im Detailram.

Aber noch ein charakteristisches Moment trat zu Tage: Unter diesen Sozialpolitikern giebt es einen ganzen Theil von durchaus reaktionären Elementen! Und noch schlimmer,

die Anderen geben sich nicht einmal Rechenschaft darüber, daß mit diesen Reaktionen ein ersprißliches Arbeiten schlechterdings unmöglich sei. Es war ein erbauliches Schauspiel zu sehen, wie in dieser illustren Versammlung das Lob Miquels gesungen wurde, wie man den damaligen Gründershelden und nachmaligen preussischen Finanzminister als großen Sozialpolitiker feierte, denselben Mann, der einer Regierung angehörte, die sich des reaktionärsten Attentats auf die Arbeiterklasse Deutschlands schuldig gemacht hat — die Zuchthausvorlage. Wohl schrie man Bravo, als der Oberbürgermeister von Mannheim die „Mitarbeiterchaft“ der Sozialdemokratie begrüßte, aber man klatschte auch Beifall, als ein eingefleischter Schürfmacher, der Oberbürgermeister Zweiger von Essen, sich in schneidigen Angriffen gegen die Arbeiterpartei erging. Und auch das war interessant, daß Oberbürgermeister West, der die Sozialdemokraten als Bundesgenossen gelten lassen will, behaupten durfte, die „Sozialdemokratie sei spät auf der Wahlstatt“ erschienen und Niemand in der Versammlung dieses „nur nach Wahrheit strebenden Vereins“ sich fand, der den guten Mann belehrt hätte, wie unwissend er sei, Niemand der auf die grundlegenden Gedanken über die Wohnungsfrage hingewiesen hätte, die in Engels: Die Lage der arbeitenden Klassen in England und im Kapital von Marx enthalten sind, auf die fortwährende Behandlung dieser Frage in der sozialdemokratischen Agitation seit Jahrzehnten schon. Es stand schlimm um die Wahrheitsliebe in diesem Falle, und es steht immer schlimmer darum, sobald die bürgerlichen Sozialpolitiker auf unsere Partei slossen.

Nicht besser stand es um die sozialpolitische Einsicht, als die Frage der Handelspolitik behandelt wurde. Es handelt sich hier nicht um ein wenig mehr oder weniger Schutz Zoll, es handelt sich nicht allein um die Schröpfung der Arbeiter, um den Brodwucher; wie die Dinge heute in Deutschland liegen, handelt es sich einfach darum, ob durch die Schutzpolitik den rückständigsten sozialen Faktoren — den Junkern und den in Kartellen zusammengeschlossenen Schlotbaronen die Herrschaft über das wirtschaftliche und soziale Leben Deutschlands gesichert werden soll oder nicht. Nur ein einziger Mann fand sich, der auf diesen springenden Punkt der ganzen Frage hinwies — M a u m a n n. Seine glänzende Rede erweckte enthusiastischen Beifall, aber ebenso lebhaften Beifall fanden die Worte des sonderbaren Heiligen, Professor Sering, der den grotesken Gedanken entwickelte: Schutz Zoll, hohe Brodzölle, aber gleichzeitig große soziale Reformen. Man klatschte Beifall, man war sich nicht klar, daß man es hier mit einer wohl gut gemeinten, aber deshalb nicht minder kindlich naiven Utopie zu thun habe. Die Diskussion bewies, daß in dieser Versammlung von Sozialpolitikern die Anhänger des extremen Schutzsystems, wenn nicht überwiegen, so doch den Anhängern der Ermäßigung der Zölle (von Freihandel war nicht die Rede) das Gleichgewicht halten. Und welche Motive geben denn bei den Gegnern der Regierungspolitik den Ausschlag? Etwa die Rücksichtnahme auf die sozialen Interessen der Arbeiter? Nein! Professor Schulte-Gävernik fand das richtige Wort, als er den Herren zurief: „Sie sind ja Alle Flottenprofessoren, wie ich!“ Darum handelt es sich: Diese Herren, soweit sie für Handelsverträge und Ermäßigung der Zölle eintreten, haben vor Allem die Interessen des industriellen Großkapitals und die sogenannte Weltmachtspolitik im Auge; sie sind einsichtig genug, zu erkennen, daß Deutschland als Industriestaat nun einmal nicht mehr eine Handelspolitik treiben kann, die dieser Entwicklung zuwiderläuft; das sozialpolitische Interesse folgt erst in zweiter Linie und zwar beschränkt sich dieses Interesse abermals auf die von oben her betriebene Sozialpolitik. Daß aber so viele Anhänger der extremen Schutzpolitik der Regierung austraten und sich als Sozialpolitiker geberdeten und Beifall fanden, daß man lebhaft die Rede des bekannten Herrn v. M a y r beifallte, desselben Herrn v. M a y r, der in München Wortführer der Zuchthausvorlage war, das be-

weist, wie niedrig das Niveau sozialpolitischer Erkenntnis ist. Und ein noch schlagenderer Beweis hierfür wurde erbracht, als ein anderer Professor sich hinsetzte und schlangweg leugnete, daß in der Hausindustrie, in der Spielwaarenindustrie des sächsischen Oberlandes sich zum Himmel schreiende Zustände entwickelt haben. In einer Versammlung von Männern, denen die Lage der Arbeiter wirklich nahe geht, hätte man einen solchen Herrn mit aller Behemung in die Schranken gewiesen, die einem Interessenvertreter der Sonneberger Fabrikanten zukommen oder doch mit eisiger Stille angehört. Dieser Verein, der nur die Wahrheit sucht, ließ ruhig die Wahrheit von dem Sonneberger Professor Anschütz ohrfreigen, ja man stimmte ihm theilweise zu.

Daß die Sozialdemokratie mit diesen reaktionären Elementen trotz des sozialpolitischen Mantelchens, das sich Leute vom Schlage der Mahr, Zweiger usw. umhängen, nur auf dem Kampffuße stehen kann, ist ohne weiteres klar. Aber auch die Flottenprofessoren, Leute, denen es in erster Linie auf die Machtstellung des Kapitals ankommt, sind in den meisten Fällen unsere unbedingten Gegner. Bleibt die kleine Zahl derer, die wirklich ganz in sozialpolitischen Bestrebungen aufgehen. Sie sind uns willkommen, wo sie dem Proletariat etwas zu bieten haben. Aber — Fragen der Sozialpolitik sind nur zum kleinen Theile Fragen der wissenschaftlichen Erkenntnis, vor allem sind sie Machtfragen. Und eben deshalb werden jene bürgerlichen Gelehrten nicht mit uns gehen. Den Beweis lieferte die Behandlung der Wohnungsfrage: Sie ist heute wissenschaftlich geklärt, es gilt zu handeln, aber die bürgerlichen Gelehrten sehen sich in ihrem Handeln gelähmt. Wer hier sich nicht mit Stückwerk zufriedengeben will, der muß mit fester Hand zugreifen, der muß der Bodenspekulation rücksichtslos zu Leibe, der muß ein gut Theil des Expropriationsprogramms verwirklichen. Das wissen schließlich die bürgerlichen Sozialpolitiker so gut wie wir, aber — sie haben nicht den Muth, hier konsequent zu sein, sie begnügen sich mit dem Stückwerk! Die Sozialdemokratie hingegen nimmt die kleinen Reformen, so weit es sich um Reformen im wirklich fortschrittlichen Sinne handelt, hin, ist bereit sie zu fördern, aber sie zieht die Konsequenz aus der wissenschaftlichen Feststellung; sie bleibt bei ihrem sozialistischen Programm. Das ist der Unterschied zwischen bürgerlicher Sozialpolitik und sozialdemokratischer, auf wissenschaftlicher Erkenntnis begründeter Aktion.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Zum Ausstand der Tabakarbeiter in Nordhausen wird gemeldet: Das Gewerkschaftskartell Nordhausen hat versucht, mit den Fabrikanten, die den Schiedsspruch bisher nicht anerkannten, Verbindungen anzuknüpfen, um erneute Einigungsverhandlungen in die Wege zu leiten. Die Antwort der Fabrikanten ist für den heutigen Dienstag zugesagt. — Die Töpfer in Berlin streiken nicht. Eine am Freitag Abend abgehaltene, von über 1500 Töpfern besuchte Versammlung beschloß, vorläufig von einem Streik abzusehen. — Die Berliner Bauanschläger haben den Streik nach sechs wöchentlicher Dauer aufheben müssen, da sich zu viele Arbeitswillige gefunden hatten. — In Langensalza sind beim Steinjägermeister Bartel aus Gotha Differenzen ausgebrochen. Arbeitsangebote sind deshalb nach dorthin zu unterlassen. — Auf dem Neubau der Papierfabrik in G o s s d o r f (Sachsen) haben 55 Maurer und Zimmerer die Arbeit niedergelegt, weil der bauausführende Baumeister Voigt die jegige flauere Zeit zur Profimacherei durch Lohndrückerei mißbrauchen wollte.

Die Berliner Glacelederfabrikanten haben mit der Gesamtheit ihrer Arbeitnehmer den bestehenden Lohnvertrag auf die Dauer eines Jahres bis zum 1. Oktober 1902 unter den bisherigen Bedingungen erneuert. Diese Vereinbarung ist nach verschiedenen Ver-

## Die Töchter des Kommandeurs.

Roman von Jonas Lie.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von M. Ottesen.

10. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Rede nicht so, Karsten. In der Weise wirst du es nie zu etwas bringen, du hast nicht die Natur deines Vaters. Es wäre ein Jammer, wenn du die schöne Jugendzeit mit lauter Mühe und Arbeit ausfülltest! Mir würde es sein, als ob ich dich ganz verlore.“ Und, fuhr sie erregt fort, „du kannst glauben, daß außer mir noch manche dich vermessen würde. . . Sage mir nun,“ fragte sie plötzlich, „bist du so aufmerksam gegen Wally Wandel, wie sie es um dich verdient? Denn sie scheint sich wirklich sehr für einen gewissen Herrn zu interessieren.“

„Ob du nicht an Hallucinationen leidest, Mama, wenn ich in Betracht komme,“ unterbrach er sie kurz. Er hatte gerade darüber nachgedacht, ob er nicht seinen Freund Falk aufsuchen sollte, bei dessen Eltern Minka den Abend verbringen wollte.

„O, lieber Karsten, beleidige nicht die Beobachtungsgabe deiner Mutter. Ich kann dich versichern, daß sie eine andre ist von dem Augenblick an, wo du in das Zimmer trittst; sie wird so still und zerstreut. Sonst kann man sich mit ihr sehr nett unterhalten.“

„Ja — a, Mama, aber — unterhaltend ist sie nun gerade nicht.“

„Aber, Karsten, hunderttausend Thaler sind nicht zu unterschätzen!“

„Kei — n — nein —“

Karstens schönes Gesicht nahm einen halb nachdenklichen, halb verstimmtten Ausdruck an, während er sich mit den Fingern durch das krause Haar fuhr.

„Ja, ja, Mama,“ meinte er etwas verdrüsslich, „ich

begreife es ja gut, daß du es nicht gern sehen würdest, wenn ich mich ernstlich in ein junges Mädchen verliebe — du müchtest mich allein besitzen.“

„O, Karsten, wie unliebenswürdig bist du!“ Sie holte tief Athem. „Dies war ein sehr unangenehmer Vormittag. Wie wäre es, wenn du für heute Abend eine Spielpartie einlädest? — Dann lasse ich von Nella sofort sechs Schneehühner zurechtmachen. Was meinst du dazu, Karsten?“

„Ja ja, warum nicht — die Gewöhnlichen?“ Grundt, Falkenberg und Bull — oder vielleicht lieber Fasting? . . .“

Während die Mitglieder der Familie sich um die große Kastrallampe im Wohnzimmer versammelten, spielten die jungen Offiziere ihren Boston im Nebenzimmer bei offenen Thüren.

Man hörte rasche Meldungen, leise gesprochenen ironischen Ausrufungen; wie Frau Witt bemerkte, als sie die Gläser füllte, müsse man entweder hohe Karten oder hohen Muth haben.

„Darum ist Ihr wunderbarer Punsch schuld, gnädige Frau,“ sagte Grundt; „ich möchte das Rezept nicht um alles in der Welt besitzen. . . man macht zu viel Dummheiten!“

„Nun, es ist ja einmal das Privilegium der jungen Herren, Dummheiten zu machen.“

„Aber mit Maß,“ verbesserte Karsten und warf eine Karte auf den Tisch. „Bitte, Mama!“ Er reichte ihr sein Glas hin.

Die stattliche Würde der Hausfrau verleugnete sich nie, selbst nicht beim Füllen der Gläser. Die wohlgeformte Hand mit den vielen Ringen hielt sorgsam den Henkel der Kanne.

„Das Maßhalten kommt mit den Jahren und hat auch unweigerlich üble Laune im Gefolge,“ sagte sie mit einem Anflug von jener Schelmerei, die sie früher so unwiderstehlich gemacht hatte.

„Ich trinke“ auf das Wohl der gnädigen Frau,“ rief Grundt begeistert. „Niemand kann mehr der Nachsicht bedürfen als ich. Sie sehen, ich habe mein Glas bis auf die Meige geleert — ach, welch ein köstlicher Punsch!“

Die Herren Grundt und Falkenberg hatten eine leichte, gewandte Art, die Unterhaltung zu führen, wenn ein Robber aus war und ihnen somit Gelegenheit geboten wurde, die Damen aufzusuchen.

Cäcilie war erregt und disputirte so eifrig, daß Grundt fortwährend an die Mutter um Hilfe appelliren mußte.

Frau Witt bot auch alles auf, um in ihrer milden Weise die Streitenden zu versöhnen.

„Die jungen Mädchen sind heutzutage keine Trozköpfe, wissen Sie, Herr Grundt; wenigstens ist dies in einem erischredenden Grade mit meinen Töchtern der Fall.“

Obgleich Frau Witt keineswegs die etwas herausfordernde Art und Weise ihrer Tochter billigte, mußte sie doch anerkennen, daß sie heute sehr gut ausfah. Nur schade, daß Cäcilie so wenig von jener Sanftmuth besaß, die doch für das Leben einer Frau eine unerläßliche Mitgabe ist.

Jan begriff sehr gut, warum Cäcilies ganzes Wesen in Aufregung war; sie konnte Fasting jedesmal sehen, wenn er sich beugte oder Karten gab.

Jan saß etwas zurück außerhalb des Sichtkreises und trachte Müsse. Ein altes Heft diente ihm als Präsentirtisch für die Damen.

Er ärgerte sich zu sehr darüber, daß man Martha zur Zielscheibe der Redereien machte; und ihr erhitotes Gesicht deutete darauf hin, daß es ihr nicht gerade angenehm war, sich als Kind behandelt zu sehen.

Sein schelmisches Gesicht und seine leuchtenden Augen bezeugten ihr seine Theilnahme, und er ergriff begierig jede Gelegenheit, die Unterhaltung zu fördern, indem er fortwährend Martha seine Auswahl der besten Ruffkerne anbot. Ver-

